

# Eigentümer stärker einbeziehen

**KULTURLANDPFLEGE** | „Wir haben ein gemeinsames Ziel, auch wenn die Interessen manchmal etwas auseinanderlaufen“, bemühte sich Wolfgang Jüttner, der niedersächsische Umweltminister, bei der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer in Niedersachsen (ZJEN) um Ausgleich. Damit zeigte er die erhoffte Gesprächsbereitschaft. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung von Freiwilligkeit und Einbeziehung der Eigentümer, um Naturschutzvorhaben einvernehmlich umzusetzen.

Der ZJEN vertritt seit nunmehr fünf Jahren die Interessen der Jagdrechtsinhaber und privaten Grundeigentümer in Niedersachsen und bietet ihnen Unterstützung und Beratung. Mittlerweile zählt der Verband 3020 Mitglieder und umfaßt rund 1,8 Mio. ha Fläche, also etwa 50 % der Wald- und landwirtschaftlichen Nutzfläche in Niedersachsen. Auch die Pflege und Förderung des Jagdwesens, Erhalt der Tierwelt und die Wahrung und Sicherung des jetzigen Jagdrechtssystems hat man sich auf die Fahnen geschrieben.

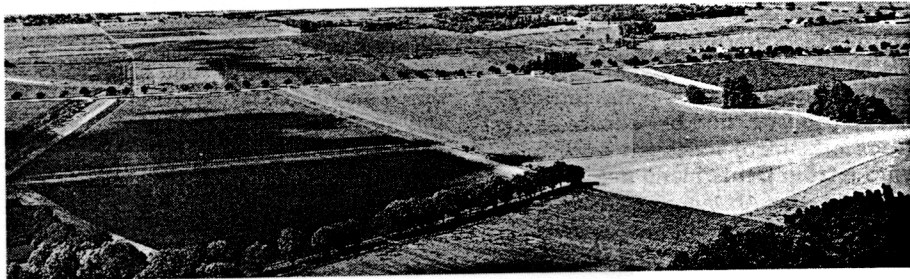
## Neue Stiftung Kulturlandpflege

Um Pflegekonzepte für Biotopflächen zu entwickeln und umzusetzen, hat der Verband die Stiftung Kulturlandpflege ins Leben gerufen. Sie solle zeigen, so ZJEN-Geschäftsführer Peter Zanini, daß Landschaftspflege in Freiwilligkeit und Eigenverantwortung besser und trotzdem fachgerecht und erfolgversprechend funktioniert. In dem erarbeiteten, umfassenden Konzept zum Management von Kompensationsflächen gehe es um die langfristige Sicherung der Pflege und eine strukturelle Entwicklungsplanung. So könne man die Interessen von Naturschutz, Landwirtschaft und Grundeigentum besser koordinieren. Nach Einschätzung der Stiftung sei dies über die gemeinsame Ermittlung und Festlegung von Bodenfonds für Kompensationsflächen oder die Einrichtung von Öko-Konten durchführbar.

Die Stiftung bietet Jagdgenossenschaften, Grundeigentümern und Eigenjagdbesitzern auf Antrag und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel finanzielle Hilfe bei Pflege und Neuanlage von Biotopen und ihrer Vernetzung.

ZJEN-Präsident Friedrich Niebuhr bekräftigte die Bereitschaft des Zentralverbandes zu einem fairen Ausgleich der Interessen in allen Fragen des Naturschutzes.

Der niedersächsische Umweltminister Wolfgang Jüttner erhielt allgemeine Zustimmung für seine Aussage, Naturschutz könne nur in Übereinstimmung mit den



In einer solchen Landschaft treffen die Anforderungen von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Konkurrenz um begrenzte Flächen aufeinander. Ohne Absprachen und Einbeziehung der Grundeigentümer kommt es dabei unweigerlich zu Konflikten, obwohl im Grunde alle das gleiche Ziel haben. Foto: Borstelmann

Eigentümern der Fläche erreicht werden. Auch das bestehende Jagdrecht stärke Nachhaltigkeit und Ökologiebewußtsein und solle deshalb nicht in Frage gestellt werden.

Trotzdem gebe es in einigen Punkten auch Interessengegensätze zwischen Jagd und Naturschutz. Für die anstehenden Probleme müsse man im Dialog praktikable Lösungen erarbeiten. Die Bereitschaft dazu sei wohl auf allen Seiten vorhanden.

Da die Grundeigentümer zum großen Teil bereit seien, bei Pflege und Entwicklung der gewachsenen Kulturlandschaft mitzuwirken, lägen hier die Hauptanknüpfungspunkte, um Interessen von Land- und Forstwirtschaft mit denen des Naturschutzes zusammenzuführen.

Jüttner schlug auch eine Überarbeitung des Katalogs der jagbaren Tierarten vor. Vom Aussterben bedrohte Arten könnten herausgenommen werden, da sie ohnehin wohl nie mehr nachhaltig jagdlich genutzt würden. Für Elstern und Rabenkrähen, die gebietsweise große Probleme bereiten, solle dagegen eine Aufnahme überdacht werden.

Wo Nadelwaldmonokulturen in Laub- oder Mischwälder umgewandelt werden, müsse Schalenwild weiterhin kurzgehalten werden. Ansonsten aber trüge es durch Verbiß zu einer natürlichen Verjüngung und einer abwechslungsreichen Waldlandschaft bei. Sie seien damit ein wichtiger ökologischer Faktor für dynamische Prozesse im Wald.

## Bessere Motivation durch Eigentum

Wilhelm Niemeyer, Präsident des Niedersächsischen Landvolkverbandes, vertrat die eigenverantwortliche Nutzung des Eigentums. Trotzdem müsse auf veränderte Anforderungen des gesellschaftlichen Umfeldes reagiert werden. Auf politischer Ebene bedürfe es noch stärkerer Flexibilität. Der bisherige, überwiegend konservierende, Naturschutz des Landes habe die Finanzmittel für Flächenaufkäufe verwendet. Finanzielle Probleme entstünden nun bei der notwendigen Pflege dieser Flächen. Niemeyer plädierte für die Einfüh-

rung eines Bodenfonds zugunsten des Vertragsnaturschutzes, der die bisher üblichen Ausgleichsflächen begrenzen solle. Zahlungen in diesen Fonds sollen Neuausweisungen ablösen oder ergänzen, um dann dem Vertragsnaturschutz zuzufließen.

Die Pflege oder extensive Nutzung von Flächen auf vertraglicher Basis durch Landwirte könne auch dazu beitragen, Eigentum zu erhalten und eine wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Wenn 10 % der Flächen in ein Biotopvernetzungsprogramm einfließen sollen, könne man die Eigentümer nicht übergehen. Eigentum gebe Motivation und Anreiz für verantwortliches Engagement. Es verpflichte zum Handeln im Sinne der Allgemeinheit, viel stärker als es die öffentliche Planung leisten könne. Außerdem sei die überall diskutierte Nachhaltigkeit sehr eng mit einer eigenverantwortlichen Nutzung verbunden.

Gleichzeitig kündigte Niemeyer deutlichen Widerstand gegenüber ungerechtfertigten, unsinnigen und einseitigen Belastungen an. Um die Konkurrenzsituation um Flächen zu entschärfen, müsse an vernünftigen Lösungsvorschlägen mit Kompromissen auf allen Seiten gearbeitet werden. Modelle auf der Basis von Vertragsnaturschutz seien dafür ein guter Ansatz

## Handeln statt Nichtstun und Reden

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels wies auf die Problematik bei Biotopen hin, die durch menschlichen Einfluß entstanden sind. Viele gingen verloren, nicht weil sie benutzt würden, sondern weil die Nutzung eingestellt werde. Es sei eine weit verbreitete Trümmerei, daß man nur nichts tun müßte, um die Umwelt zu erhalten und zu verbessern.

Breite Zustimmung fand der Vorschlag, Kultur- und Naturlandschaften durch sinnvolles Handeln zu erhalten und nicht durch Reden und Nichtstun zu zerstören. **Anke Borstelmann**